

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 888846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Reinhold Hiller MdB erinnert
an den 17. Juni: Es ging gar
nicht um die Einheit.

Seite 1

Dr. Ulrich Böhne MdB be-
wertet den Bericht von Ge-
sundheitsministerin Lehr über
die Trinkwasserregelung: Ge-
sundheitsministerin ruft den
Ausnahmestand aus.

Seite 3

Gustav Starzmann MdL warnt
vor der Benachteiligung der
bayerischen Bauern: Das Bon-
ner Strukturgesetz stoppen.

Seite 4

Dokumentation:

Die stellvertretende SPD-Par-
tei- und Fraktionsvorsitzende
Herta Däubler-Gmelin referier-
te auf einer Veranstaltung der
österreichischen SPÖ über
die „Zukunft der Arbeit“.

Wortlaut

Seite 6

44. Jahrgang / 113

16. Juni 1989

Es ging gar nicht um die Einheit

Gedanken zum 17. Juni 1953

Von Reinhold Hiller MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehun-
gen

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 stellen einen wesentlichen
Bestandteil deutscher Nachkriegsgeschichte dar. Viel von den
Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in der DDR und den Hand-
lungsmöglichkeiten des Systems kann an ihnen erkannt und be-
schrieben werden. Auch für das sich inzwischen eingestellte
Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten und die welt-
politische Konstellation ist er symptomatisch.

Er war aber kein Fanal für die Einheit Deutschlands, zu dem er
danach in der BRD mit der Erhebung zum Feiertag unter der
Bezeichnung „Tag der deutschen Einheit“ gemacht wurde.

Es waren im wesentlichen ökonomische Probleme im Innern der
DDR, die den Auslöser für den Arbeiteraufstand darstellten.
Die Forderungen der Arbeiter hatten in der Hauptsache zum
Inhalt: die Normen, Löhne, Lebensbedingungen, Versorgung-
slage, Fragen der traditionellen Interessenvertretung der Ar-
beiter und schließlich, im Laufe der Entwicklung der Ereig-
nisse, die Politik der SED-Führung und die allgemeinen staat-
lichen Strukturen.

Die vereinzelt auftretende Forderung nach Wiedervereinigung
war von keiner wesentlichen Bedeutung, zumal wenn man be-
denkt, daß im Jahre 1953 sowohl BRD-Regierung als auch die
DDR-Führung sie als Ziel ihrer Politik proklamierten. Diese
Forderung war in der damaligen Zeit nichts besonderes, sie
war Allgemeingut.

Aber etwas anderes zeigte der 17. Juni. Er demonstrierte, was
damals nur wenige wahrhaben wollten, wie weit die beiden deut-
schen Staaten schon voneinander getrennt waren, wie sehr die
gegenseitige Respektierung der Interessensphären schon ging.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreisbogen Umfang
mit dem möglichen Rahm
Rechtsgut-Papier



Niemand im Westen war bereit sich in die Angelegenheiten des Ostens einzumischen. Auch wenn es niemand beim Namen nannte, die Trennung Deutschlands in zwei Staaten wurde von allen akzeptiert.

Die Arbeiter riefen als Maximalforderung: „Der Spitzbart muß weg!“ und nicht „Adenauer muß her!“ Es war ein Arbeiteraufstand mit den Zielen der Arbeiterbewegung, der die Interessen der Arbeiter im Auge hatte und nicht die Errichtung eines westlichen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wie auch heute in der DDR, richtete sich der Protest der Bevölkerung gegen die Zustände in der DDR und hatte deren Veränderung und nicht die Adaption an das System der BRD zum Ziel.

Eine Erhebung aller Deutschen für eine „Wiedervereinigung“ war es nicht. Der Westen schaute kommentierend zu, wie die Arbeiter der DDR ihre Interessen durchzusetzen versuchten und schließlich niedergeschlagen wurden.

Es war kein „Tag der deutschen Einheit“; es war ein „Tag der deutschen Arbeiterbewegung“ und nur die Arbeiter in der DDR hätten ein Recht, diesen Tag zu einem Feiertag zu erklären. Der Westen hat sich den 17. Juni politisch nutzbar gemacht, ihn psychologisch verwertbar umgedeutet, um ein Ventil zu haben, für eine proklamierte „Politik der Wiedervereinigung“, die in der Realität nicht betrieben wurde.

Der 17. Juni 1953 war kein Tag, der auf eine „Wiedervereinigung“ gerichtet war, wie sie in den konservativen Kreisen in der BRD verstanden wurde und wird. Er sollte auch nicht weiter von uns dazu gemacht werden.

Aber selbst wenn es damals Gründe dafür gegeben hätte, die die Bezeichnung „Tag der deutschen Einheit“ gerechtfertigt hätte, so ist heute die Situation in der Mitte Europas so, daß ein solcher Feiertag überholt ist und dahin gebracht werden sollte, wo er hingehört, in die Geschichte.

Es wäre sinnvoll diesen Feiertag zu ersetzen durch einen der Bundesrepublik wirklich eigenen Feiertag, den Tag des Grundgesetzes. Den 17. Juni als Feiertag aufzuheben und den 23. Mai zum staatlichen Feiertag zu erklären, würde uns im 40. Jahr unserer Demokratie gut anstehen.

(-/16.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Gesundheitsministerin ruft den Ausnahmezustand aus

**Zum Bericht der Gesundheitsministerin über vorgesehene Ausnahmeregelungen
bei Grenzwertüberschreitungen von Pestiziden im Trinkwasser**

Von Dr. Ulrich Böhme MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

In der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit am Mittwoch war Frau Minister Lehr persönlich erschienen, um die Ausschußmitglieder über die beabsichtigten deutschen Sonderregelungen zu informieren, mit deren Hilfe die am 1. Oktober 1989 in einer EG-Richtlinie festgesetzten Grenzwerte umgangen werden sollen. Würden diese nicht getroffen, müßten bereits an diesem Stichtag 20 Prozent der nationalen Wasserversorgungsanlagen schließen, weil ihr Wasser zu hoch mit Rückständen von Pflanzenbehandlungsmitteln belastet ist. Der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft hat hierauf schon frühzeitig hingewiesen.

Wohlgermerkt gibt es die EG-Trinkwasserrichtlinie seit dem 15. Juli 1980, die unter anderem besagt, daß ab 1. Oktober 1989 chemische Stoffe zur Pflanzenbehandlung und Schädlingsbekämpfung einschließlich ihrer toxischen Hauptabbauprodukte im Trinkwasser nur noch in einer Konzentration von höchstens 0,1 Mikrogramm/Liter je Einzelstoff enthalten sein dürfen. Ihre Summe darf nicht 0,5 Mikrogramm/Liter überschreiten. Warum also handelt die Frau Minister erst jetzt und in dieser Eile.

Da die Gesundheitsminister der Koalition seit der Wende nichts unternommen haben, um den Anforderungen der EG-Richtlinie nachzukommen, versucht Frau Lehr durch Manipulationen an den Grenzwerten den Anschein zu erwecken, mit unserem Trinkwasser sei alles in Ordnung. Damit keine Wasserversorgungsanlage schließen muß, hat sie im Ausschuß folgende Übergangsregelung vorgestellt: Die Pestizidrückstände werden in vier Kategorien eingeteilt, die stufenweise der EG-Richtlinie angepaßt werden sollen. Kategorie 1 betrifft die gefährlichsten Stoffe im Trinkwasser. Diese sollen in zwei Jahren der EG-Norm entsprechen. Den „Genuß“ der harmloseren Pestizide in der Kategorie 4 möchte uns Frau Lehr noch zehn Jahre zumuten.

Unserer Auffassung nach sind dies Jahre zu viel! Zwar scheint sich Frau Lehr durchaus im Rahmen der Gesetzmäßigkeit zu bewegen, wenn sie eine Ausnahmeregelung beabsichtigt - Paragraph 4 der Trinkwasserverordnung und Artikel 10 der EG-Trinkwasserrichtlinie gestehen Überschreitungen der Grenzwerte für einen befristeten Zeitraum zu, „wenn dadurch die menschliche Gesundheit nicht gefährdet wird und die Trinkwasserversorgung nicht auf andere Weise mit vertretbarem Aufwand sichergestellt werden kann.“ Aber kann Frau Lehr garantieren, daß auch von den harmloseren Stoffen langfristig und in ihrer Summierung keine Gefahren ausgehen? Unsere Frage, ob sie sich Gedanken über eine Vorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern gemacht habe, blieb unbeantwortet.

Das Herumdoktern an den Grenzwerten greift unserer Auffassung nach nicht. Wir Sozialdemokraten fordern seit Jahren einen wirksamen Schutz des Trinkwassers gegen die schiechende Verseuchung durch Pflanzenbehandlungsmittel und deren Rückstände. Bei der Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes forderten wir 1986, daß nur diejenigen Pflanzenbehandlungsmittel zugelassen werden, die bei bestimmungsgemäßer Anwendung keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier sowie auf den Naturhaushalt befürchten lassen. Eine unserer Hauptforderungen lautet seit langem, schwer- und nicht abbaubare Pflanzenbehandlungsmittel zu verbieten.

Da wir bei Frau Lehr und ihren Gefolgsleuten im Gesundheitsausschuß wieder auf taube Ohren stießen, appellieren wir an die Trinkwasserkommission, die am 16. Juni tagen wird, verantwortungsbewußter mit den Gesundheitsrisiken umzugehen, die schon heute im Trinkwasser lauern.

Fazit: Was nützen vernünftige europäische Richtlinien, wenn sich die Regierungsparteien einen Druck darum scheren?

(-/16.6.1989/vo-he/rs)

Das Bonner Strukturgesetz stoppen

Zur Notwendigkeit, die Mehrheit der bayerischen Bauern
vor krassem Benachteiligungen zu schützen

Von Gustav Starzmann MdL
Agrarpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die von der Bonner Koalition eingebrachten Verschlimmerungen des Strukturgesetzes benachteiligen kraß die bayerische Landwirtschaft. Das Strukturgesetz und seine negativen Folgen für die überwiegende Mehrheit der Bauern im Freistaat müssen deshalb unter allen Umständen verhindert werden.

Mit einem Dringlichkeitsantrag will die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag nun das Strukturgesetz stoppen: die Staatsregierung soll beim Bund darauf hinwirken, daß das Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft nicht in Kraft tritt, und statt dessen den Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft mit den vom Bayerischen Landtag beschlossenen Obergrenzen einbringen.

Es ist unverständlich, daß der bayerische Landwirtschaftsminister Simon Nüssel schweigend zusieht, wie die Förderrichtlinien für eine gewerblich-industrielle Landwirtschaft geschneidert werden.

Was bedeutet das Strukturgesetz?

In Zukunft sollen Betriebe bis zu 250 Zuchtsauen gefördert werden. Der durchschnittliche Bestand in Bayern beträgt nur 13 Sauen pro Betrieb. In der Hähnchenmast haben sich ebenfalls die Vertreter des Agro-Business durchgesetzt. Nach dem Willen der Koalitionäre können nun die Tierfabriken mit 700.000 Tieren Jahresproduktion Geld des Steuerzahlers bekommen. Für Gemeinschaftsbetriebe werden zudem alle Werte sogar noch verdreifacht.

Das bedeutet: mit dem Segen der bayerischen CSU-Abgeordneten und Kabinettsmitglieder können Gemeinschaftsbetriebe mit einer Jahresproduktion von 2,1 Millionen Hähnchen oder einem

Bestand bis zu 360 Milchkühen oder 12.750 Mastschweinen sich als bäuerliche Betriebe bezeichnen und dieselbe Förderung bekommen wie die kleinen und mittleren Betriebe in Bayern. Wenn diese Förderobergrenzen als Zielgrößen verstanden werden - und diese Gefahr besteht - werden wir in ganz Bayern in einigen Jahren nur noch 100 Schweinemastanlagen haben und mit diesen angeblich „bäuerlichen“ Betrieben die heutige Erzeugung aufrechterhalten.

Nahtlos in dieses Konzept des Wachsens und Weichens fügt sich die Streichung der Bestimmung, daß ein zu fördernder Betrieb von einer dazugehörenden Hofstelle aus bewirtschaftet werden muß. Nun genügt ein „Wirtschaftsgebäude“, um die Halbierung der Viehzuschläge als Steuerbegünstigung für Tierfabriken zu kassieren. Die Passivität des bayerischen Landwirtschaftsministers wird immer unerklärlicher, denn es hätte gerade in den letzten Wochen viele Bündnispartner gegen diese unheilvolle Entwicklung gegeben.

So zeigte die Anhörung vor dem Ernährungsausschuß des Bundestages, daß Kiechle mit seinem Entwurf allein dastand. Viele Wissenschaftler übten scharfe Kritik an der klaren Benachteiligung von flächenarmen Betrieben, die gerade in Bayern die überwiegende Mehrheit der Bauern sind. Prof. Wolfram (Universität Bonn) sieht vom Strukturgesetz „eine Magnetwirkung in Richtung auf einen drastischen Strukturwandel“ ausgehen. Doch sämtliche Vorschläge und Anträge der SPD-Bundestagsfraktion zu einer sozialeren und umweltgerechteren Ausgestaltung des Strukturgesetzes wurden - mit den CSU-Stimmen! - abgelehnt.

Der Sieger ist der Großbauernführer von Heeremann, der erstmals im Landwirtschaftsausschuß zugegen war und hier für die Förderausweitungen stimmte.

Die SPD fordert den bayerischen Landwirtschaftsminister auf, den Gesetzentwurf des Freistaates in der kommenden heißen Beratungsphase offensiv zu vertreten. Ebenso erwarten wir von Minister Nüssel, daß er den Beschluß des Bayerischen Landtags vom 5. Mai 1988 zur Massentierhaltung und den Beschluß zu Bestandsobergrenzen ernst nimmt und auch einbringt. Moralische Rückenstärkung dazu werden wir dem Minister mit einem Dringlichkeitsantrag geben, der den Stopp des Strukturgesetzes und das Beharren auf den bayerischen Vorschlägen verlangt.

Wenn die CSU jetzt nicht ihren Einfluß in Bonn wahrnimmt und im letzten Moment zugunsten der einkommensschwächeren bäuerlichen Familien einen eigenen Gesetzentwurf einbringt, bedeutet dies das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern. Daher muß Bayern jetzt handeln.

(-/16.6.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION
=====**Herta Däubler-Gmelin: Zur Gestaltung der Arbeit und des Arbeitsmarktes**

Auf einer Veranstaltung der SPÖ Oberösterreich mit dem Thema „Die Zukunft der Sozialdemokratie“ in Linz, hat die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende Herta Däubler-Gmelin ein Referat zum Thema „Zukunft der Arbeit“ gehalten. An der Veranstaltung, die aus Anlaß des 100-jährigen Jubiläums der österreichischen Sozialdemokratie stattfand, nahm auch Franz Vranitzky teil. In ihrer Rede betonte Herta Däubler-Gmelin die Notwendigkeit einer veränderten Politik angesichts der Entwicklung der Technik, der Veränderungen in der Arbeitswelt und der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. „Neue Ideen, neues Denken sind angesagt“, meinte sie und forderte Sozialdemokratie und Gewerkschaften zur „Berücksichtigung der Arbeitnehmerbedürfnisse zu mehr Individualisierung“ auf. Der Wortlaut:

Durch die rasante Entwicklung der Technik wird die bewußte Gestaltung der Arbeit und des Arbeitsmarktes immer dringender. Gestaltung ist gefragt - nicht unkritische Technikgläubigkeit oder, auf der anderen Seite, Resignation oder Verweigerung. Schon heute ist abzusehen, daß die neue Entwicklung Gruppen von Gewinnern und Verlierern produzieren wird.

Problematisch wäre eine mögliche Teilung der Arbeitswelt in qualifizierte, gut bezahlte und kreative Arbeitsplätze auf der einen Seite und andererseits solche, die zum Teil befristet, schlecht bezahlt und mit minderen Mitbestimmungsrechten ausgestattet sind. Letztere stünden überwiegend Frauen zur Verfügung. Statt eine solche Entwicklung hinzunehmen, muß an den Zielen und Ideen der Sozialdemokratie von Arbeit für alle, sozialer und rechtlicher Sicherung für alle sowie Mitbestimmung und Gleichberechtigung festgehalten werden.

Als Forderung einer sozialdemokratischen Politik nenne ich vier Punkte:

1. Wir brauchen eine aktivere Arbeitsmarktpolitik. In Zukunft müssen erheblich mehr öffentliche Mittel für die sinnvolle Beschäftigung bisher Arbeitsloser eingesetzt werden. Bedarf gibt es überall, in der gemeindlichen Infrastruktur, beim Umwelt- und Naturschutz, im Nahverkehr, im Wohnungsbau, bei der Energieeinsparung, im Bildungsbereich und in Freizeiteinrichtungen, vor allem aber bei sozialen Dienstleistungen.
2. Wir müssen die Erwerbsarbeit umverteilen. Arbeitszeitverkürzung ist ein erprobter Weg zur Umverteilung. Trotz der unstreitig vorhandenen Nachteile lehnen wir die Teilzeitarbeitsplätze keineswegs ab. Allerdings - und jetzt kommen wir zu unserem Gestaltungsauftrag, den wir umsetzen müssen, sagen wir auch: Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten und Qualität der Tätigkeit müssen stimmen.
3. Der Arbeitsbegriff muß verändert und erweitert werden. Der traditionelle Arbeitsbegriff muß deshalb ausgeweitet werden, Familienarbeit und Ehrenamt müssen hinein, beide brauchen gesellschaftliche Anerkennung.
4. Wir erheben die Forderung nach Ausbau der individuellen und kollektiven Mitbestimmungsrechte. Sie werden im Zusammenhang mit den Flexibilisierungsauswirkungen der neuen Techniken immer wichtiger und dürfen nicht nur jenem kleinen Teil des Arbeitnehmeradels vorbehalten werden.

(-/16.6.1989/vo-he/rs)